

Daniel Timmermann

Legal Tech-Anwendungen

Rechtswissenschaftliche Analyse und Entwicklung des Begriffs
der algorithmischen Rechtsdienstleistung



Nomos

Recht und Digitalisierung | Digitization and the Law

Herausgegeben von | Edited by

Prof. Dr. Roland Broemel

Prof. Dr. Jörn Lüdemann

Prof. Dr. Rupprecht Podszun

Prof. Dr. Heike Schweitzer, LL.M.

Band 3 | Volume 3

Daniel Timmermann

Legal Tech-Anwendungen

Rechtswissenschaftliche Analyse und Entwicklung des Begriffs
der algorithmischen Rechtsdienstleistung



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Berlin, HU, Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-7773-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-2180-6 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2020 an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin als Promotion angenommen. Sie ist für die Drucklegung aktualisiert und im Juli 2020 abgeschlossen worden.

Allen voran möchte ich meinen Eltern danken für ihr Vertrauen und die vielen großen und kleinen Unterstützungen, die sie mir während der Dekade des Experimentierens und Studierens zukommen ließen.

Nach einem beruflich schwierigen Jahr in Greifswald war der Abbruch meines dortigen Promotionsvorhabens und der Wechsel nach Berlin 2018 aus heutiger Perspektive der richtige Schritt. Als konstruktive Kritiker und engagierte Freunde waren mir dabei *Kate van Rembroek* und *Dr. Jakob Ordner* eine unschätzbare Hilfe.

Ein herzlicher Dank gilt meinem Doktorvater Herrn *Professor Dr. Hans-Peter Schwintowski* für die mir als wissenschaftlicher Mitarbeiter großzügig gewährte Freiheit bei der Auswahl der Forschungsfragen sowie die vielen Anregungen in Diskussionen. Von ihm habe ich juristisch und nicht zuletzt auch eine gewisse Gelassenheit beim Umgang mit Veränderungen gelernt.

Herrn *Professor Dr. Reinhard Singer* möchte ich für sein engagiertes Zweitgutachten danken.

In der *Forschungsstelle Legal Tech* erstellte *Valeria Podmogilnij* mit mir ebenso elanvoll Publikationen und Stellungnahmen, wie wir über gendergerechte Sprache disputierten. Mit ihr und dem Team des *Instituts für Energie- und Wettbewerbsrecht in der kommunalen Wirtschaft e.V. (EWeRK)* gab es abwechslungsreiche Bier- wie auch Kaffeepausen, die meine Zeit in Berlin nicht haben langweilig werden lassen.

Berlin im Juli 2020

Daniel Timmermann

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einführung in die Problemstellung	33
I. Heranführung an das Thema	33
II. Idee hinter und Potenzial von Legal Tech	36
III. Rechtspolitischer Kontext und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes	38
1. Exkurs: Anwaltliche Assistenzsysteme und anwaltliches Berufsrecht	39
2. Exkurs: LT in Verwaltungs- und Gerichtsverfahren	42
3. Exkurs: Staatliche Verantwortung für automatisierte Entscheidungsfindungen	46
IV. Ziel und Methodik der Untersuchung	47
V. Thesen der Untersuchung	51
VI. Gang der Untersuchung	51
§ 2 Grundlagen der Untersuchung	55
I. Verhältnis von Legal Tech und Rechtsinformatik	55
II. Technische Begrifflichkeiten	56
1. Technik ist nicht Technologie	56
2. Digitalisierung und Algorithmizität	57
3. Kategorien von Algorithmen	59
a. Deterministische Algorithmen	59
b. Randomisierte Algorithmen	60
c. Heuristische Algorithmen	60
4. Eingrenzung des Begriffs der Künstlichen Intelligenz	60
a. Explizite und implizite Programmierung	61
b. Regelbasierte Systeme	62
c. Fallbasierte Systeme	63
d. Unsupervised Learning	64
e. Schwache / enge und starke KI	65
5. Machine Learning als Black Box	66
6. Anwendungssoftware und Firmware	68
7. Blockchain	69

Inhaltsverzeichnis

8. Smart Contract	71
a. Technischer Begriff	71
b. Kein Rechtsbegriff	72
c. Aliud zur Blockchain	75
III. Verhältnis von Rechtsanwendung (Legal) und Informatik (Tech)	75
1. Methodenlehren der Rechtswissenschaft und technische Umsetzbarkeit	76
a. Begriffsjurisprudenz	77
b. Interessen- und Wertungsjurisprudenz	78
c. Folgerung: Existenz von kausaler und normativer Subsumtion	79
d. Normative Subsumtion erfordert Semantik	80
aa. Mensch beherrscht Semantik	81
bb. Maschine beherrscht Syntax	81
e. Folgerung: Code ist nicht law	82
2. Renaissance der Begriffsjurisprudenz als Folge des technisch Möglichen?	83
a. Der Traum von Objektivität	83
b. Verlust der Einzelfallgerechtigkeit als Preis der Objektivität	84
c. Stellungnahme	85
3. Funktionsallokation / Machtverteilung	87
a. Funktionsallokation bei kausaler Subsumtion ist determiniert	88
b. Funktionsallokation bei normativer Subsumtion als politische Gestaltungsaufgabe	88
c. Exkurs: Funktionsallokation in Gerichts- und Verwaltungsverfahren	89
aa. Offenlegung versteckter Diskriminierungen	89
bb. Einheitliche Rechtsanwendung	90
cc. Konflikt mit gesetzlichem Richter, rechtlichem Gehör und richterlicher Unabhängigkeit?	91
dd. Exekutive	93
d. Sachverhaltsfeststellung als eigentliche Subsumtion	93
4. Auswirkungen von LT auf die Rechtsfortbildung	95
IV. Ergebnis	96

§ 3 Rechtstatsachen und abgeleitete rechtliche Fragestellungen	97
I. Klassifizierungsverfahren	98
1. Vertretene LT-Definitionen und LT-Klassifizierungsverfahren	98
2. Klassifizierungen als Selbstzweck	99
3. Vorliegender funktionaler Ansatz	100
4. Ablehnung anderer Differenzierungsansätze	100
II. Büroorganisationssoftware	101
1. DEÜV-Software	101
2. C.H.BECK oHG: WinFam/Gutdeutsch und ErbFam/Gutdeutsch	103
3. Fristenkalender und beA	103
III. Vermittler-Modelle	104
1. Rechtsinformationssysteme	105
2. Leiharbeitnehmervermittlung	107
3. Anwaltliche Akquiseinstrumente	107
a. Webportale ohne Vertrag mit Rechtsuchenden	108
b. Webportale mit Vertrag mit Rechtsuchenden	110
IV. (Teil-)automatisierte Sachverhaltserfassung	114
1. Begrifflichkeiten	114
2. E-Discovery	116
3. Information Retrieval	117
a. Due Diligence	117
b. Digital Compliance	118
4. Dokumentenanalyse	120
5. Gewinnung von Beweismitteln	121
6. Zwischenergebnis	121
V. Dokumentengeneratoren	122
1. Anwendungen ohne vorkodierte Inhalte	123
a. LAWLIFT GmbH	123
b. Neota Logic Inc.	124
2. Anwendungen mit vorkodierten Inhalten	124
a. QNC GmbH	124
b. Legal Intelligence Software GmbH	125
3. Ausgefallene Anwendungen und Geschäftsmodelle	127
a. Thomson Reuters Contract Express	127
b. Zug-erstattung.de	128
c. Legalzoom (USA)	130

Inhaltsverzeichnis

4. Zwischenergebnis	130
VI. Entscheidungshilfesysteme und Chatbots	131
1. Begriffliche und funktionale Grundlagen	132
a. Begrifflichkeiten	132
b. Funktionen von Entscheidungshilfesystemen und Chatbots	133
2. Entscheidungshilfesysteme	133
a. Entscheidungshilfesysteme für Dokumentengeneratoren	134
aa. Bryter GmbH	134
bb. Sanktionsfrei e.V.	135
cc. Plusrecht GmbH	135
dd. Wolters Kluwer GmbH: smartlaw	137
ee. Agreement 24 GmbH	138
ff. janolaw AG	139
gg. Verbraucherzentrale NRW e.V.	140
hh. Chaos Computer Club e.V.	142
ii. DoNotPay (USA)	144
jj. Rocket Lawyer Incorporated (USA)	145
kk. Wilson Sonsini Goodrich & Rosati (USA)	146
b. Entscheidungshilfesysteme für rechtliche Ersteinschätzungen: digitaler-anwalt.de	147
aa. Beispiel Trunkenheitsfahrt	147
bb. Beispiel Bußgeldbescheid wegen Geschwindigkeitsüberschreitung	148
3. Chatbots	149
a. Chatbot Dialog mit RATISBOT	150
b. Analyse des Dialogs	153
aa. Technik: Regelbasiertes System und keine KI	153
bb. Verkürztes juristisches Prüfungsprogramm	154
cc. Abgeleitete rechtliche Fragestellungen	155
4. Zwischenergebnis	157
VII. Rechtsdurchsetzung: Inkasso, Prozessfinanzierung und Konzepte der kompletten Problemübernahme	159
1. Überwindung des rationalen Desinteresses an der Rechtsverfolgung	159
2. (Konventionelles) Geschäftsmodell der Prozessfinanzierung	160
3. Legal Tech-Geschäftsmodelle	162
a. metaclaims Sammelklagen Finanzierungsgesellschaft mbH	162

b. VH24 GmbH	163
c. financialright GmbH	165
aa. „Sammelklagen“ gegen VW	165
bb. Schadensersatzansprüche aus Fahrradunfällen	166
d. LexFox GmbH (ehemals Mietright GmbH)	168
e. Flightright GmbH	170
aa. Kausale Subsumtionsschritte	172
bb. Normative Subsumtionsschritte	172
cc. Arbeitsmethoden des Richters und Algorithmus	173
dd. Leistungen der Flightright GmbH	174
f. MYFLYRIGHT GmbH	175
aa. Echtes Factoring	176
bb. Keine Bearbeitung bestrittener Forderungen	176
g. Coduka GmbH: Abwehr von Forderungen	177
h. Kein unechtes Factoring-Modell	181
4. Verhältnis von konventioneller Prozessfinanzierung und Legal Tech	182
a. Zwei chronologische Stufen	182
b. Unterschiede der Geschäftsideen	183
c. Verbindung von Inkasso und Prozessfinanzierung	184
5. Rechtsfortbildung und kollektiver Rechtsschutz durch LT	185
6. Zwischenergebnis	188
VIII. (Teil-)automatische Entscheidungsfindung und Rechtsdurchsetzung	190
1. Herausforderung und Klassifizierungsverfahren	190
2. Konfliktlösungsplattformen / Online Dispute Resolution	192
a. Schiedsverfahren	193
b. Mediation	195
c. Verbraucherschlichtungsstellen	196
aa. Verbraucherstreitbeilegungsgesetz	197
bb. EU-Plattform für Online-Streitbeilegung	198
d. (Andere) ODR-Streitbeilegungsplattformen	200
aa. Technik zur Ermöglichung der Streitbeilegung (Modria)	201
bb. Technik zur Durchführung der Streitbeilegung (Blind-Bidding-Software)	202
cc. Keine Software für komplexere Aufgaben	202
e. Der Sonderfall PayPal	204
aa. Konfliktlösungsplattform für die Parteien	204
bb. Echtes Factoring	204

Inhaltsverzeichnis

f.	Zwischenergebnis und rechtliche Fragestellungen	209
aa.	ODR als Aliud gegenüber gesetzlich normierten Streitschlichtungsinstituten	209
bb.	ODR als Aliud zum Factoring	210
cc.	ODR als Aliud zum Recht	211
dd.	Verhältnis zum Rechtsdienstleistungsbegriff und Transparenz der Entscheidungsfindung	212
ee.	Automatisierte Entscheidungen und Art. 22 DSGVO	212
ff.	Keine Veröffentlichung der Entscheidungen	213
gg.	Verjährungshemmung durch ODR	213
(1)	§ 204 BGB	213
(2)	Kein eigenständiger Anwendungsbereich für § 203 BGB	214
hh.	Keine vertragliche Obliegenheit zur Durchführung von ODR-Verfahren	215
3.	Rechtlicher Unterteilungsvorschlag für Smart Contracts	216
a.	Selbstvollziehende Verträge	217
aa.	Basismodelle	217
(1)	Münzfernsprecher	217
(2)	Warenautomat	218
(3)	Parkschranke	219
bb.	Fahrradvermietung	219
(1)	Kein Datenschutz in Berlin	219
(2)	Verkehrschaos in München	223
(3)	Best-Practice-Beispiel Call a Bike	225
(4)	Rechtliche Folgerungen	226
cc.	Algorithmischer Handel	227
(1)	Allgemeines	227
(2)	Unterfall Hochfrequenzhandel	228
(3)	Weitere technische und rechtliche Überlegungen	229
dd.	Pay-as-you-drive-Versicherung	230
ee.	Zwischenergebnis und rechtliche Fragestellungen	232
b.	Algorithmische Selbsthilfeakte	237
aa.	Elektronische Deaktivierung von Anwendungssoftware	237
bb.	Elektronische Deaktivierung der Gebrauchbarkeit von Sachen	239
cc.	Zwischenergebnis und rechtliche Fragestellungen	241

c. Smart Enforcement	243
aa. Hinweise	243
bb. Meldungen	244
cc. Durchsetzung von Ge- und Verboten	244
dd. Zwischenergebnis und rechtliche Fragestellungen	247
d. Hybride Anwendungsbeispiele	248
aa. Upload-Filter	248
(1) Gegenwärtige Praxis bei YouTube	248
(2) Aktuelle politische Tendenzen	251
(3) Spiegelung an der rechtswissenschaftlichen Methodenlehre	253
(4) Filter für „terroristische Inhalte“	254
bb. Intelligente Messsysteme	256
4. Zwischenergebnis	257
IX. Funktionale Betrachtung der Blockchain-Technik	259
1. Funktionales Verhältnis gegenüber Smart Contracts und (anderen) LT-Anwendungen	260
2. Isolierte Funktionen der Blockchain-Technik	260
a. Beweissicherung	261
b. Zuordnung von Ausschließlichkeitsrechten	261
c. Substitution des Rechts als Ordnungsmittel	262
3. Zwischenergebnis und rechtliche Fragestellungen	264
X. Künftige Entwicklung	266
1. Technische Hürde zur Entwicklung von Legal Robots	266
a. Begriff der Legal Robots	266
b. Enge KI als Grenze des Möglichen	267
2. Chatbots in nichtjuristischen Bereichen	269
a. Google Assistant	269
b. Ashley Madison	270
c. Google Replika	270
aa. Dialog	271
bb. Analyse des Dialogs	272
3. Legal Prediction	273
a. Pilotprojekt zu EGMR-Urteilen	274
b. Keine Transferierbarkeit auf andere Entscheidungen	275
c. Geeignete Algorithmentypen	276
4. Folgerungen	277
5. Geschwindigkeit des Wandels und dessen Wahrnehmung	278

Inhaltsverzeichnis

XI. Ergebnis	280
1. LT ist Sammelbegriff	280
2. Verhältnis von Legal Tech und Smart Contracts	281
3. Automatische und autonome Rechtsanwendung	282
§ 4 Systematisierung der regulatorischen Herausforderungen und Ablehnung eines Legal Tech-Stammgesetzes, Eingrenzung des zu vertiefenden Untersuchungsgegenstandes der algorithmischen Rechtsdienstleistungen	283
I. Begriffliche Eingrenzung von LT gegenüber anderen Algorithmentypen	284
1. Wesentliche Merkmale von LT-Anwendungen	284
2. Folgerung: Anwaltliche Akquiseinstrumente sind (in der Regel) kein LT	285
3. Folgerung: Diskriminierungen durch KI sind kein LT	287
4. Folgerung: Das ist LT	287
II. Rechtliche Ausgrenzung nicht-LT-spezifischer Fragestellungen	289
1. IT-rechtliche Fragestellungen	289
2. Keine Schnittmenge von (nationaler) LT-Regulierung und Art. 22 DSGVO	291
3. Andere nicht-LT-spezifische Fragestellungen	294
a. Rechtswahlfreiheit des Art. 3 Rom-I-VO	294
b. (Weitere) Fragen zu außergerichtlichen Konfliktlösungsmechanismen	295
c. Technikneutrale Regulierung der Folgen des Einsatzes von Smart Contracts und Blockchain	296
III. Zwei potenzielle LT-Rechtsbegriffe	297
1. Algorithmische Rechtsdienstleistungen (Untersuchungsgegenstand der §§ 5-7)	299
a. Eingrenzung des rechtspolitischen Handlungsspielraumes	300
b. Rechtsdienstleistungsbegriff und UWG	301
c. Inkassoerlaubnis	302
d. Anwaltliches Berufs- und Gesellschaftsrecht	302
2. Algorithmische Selbsthilfeakte (Problemaufriss)	303
a. (Algorithmische) Selbsthilfe im zeitlichen Kontext	305
b. Rechtsunsicherheit: Abgrenzung von unzulässiger Selbsthilfe und zulässiger Sicherungsabrede	306

c.	Schutzlücke hinsichtlich Entziehbarkeit der Nutzungsmöglichkeit	309
aa.	Rechtspolitische Fragestellung	309
bb.	Regulierungsoption: Erweiterung des Sachbegriffs auf Firmware	310
cc.	Regulierungsoption: Schutzgesetz gegen (algorithmische) Selbsthilfeakte	311
dd.	Regulierungsoption: Ausnahme für kurzzeitige Gebrauchsüberlassungen	312
d.	Verhältnismäßigkeitsprüfung	313
e.	Instrumente der Rechtsdurchsetzung	314
aa.	De lege lata	314
bb.	Optionen de lege ferenda	315
f.	Zusammenfassung	317
aa.	Materielles Recht	317
bb.	Möglichkeit der Einführung einer Zertifizierungspflicht	318
3.	Kein Bedarf weiterer Rechtsbegriffe	319
a.	Selbstvollziehender Vertrag	319
aa.	Heterogene technikneutrale Herausforderungen	320
bb.	Zukünftiger Regulierungsbedarf für Agentenerklärungen	320
cc.	Friktion zwischen Vertrag und Code	321
dd.	Beweisführung und Beweismittelvertrag	322
ee.	AGB-Recht	323
ff.	Keine Gefahr unverhältnismäßiger Vertragsstrafen	324
b.	Smart enforcement als rechtspolitische Gestaltungsaufgabe	325
aa.	Kein Grundrecht auf rechtswidriges Verhalten	325
bb.	Rechtsdurchsetzung politisch wünschenswert?	326
cc.	Staatliche Folgeverantwortung für Produktqualität	327
IV.	Verhältnis von selbstvollziehenden Verträgen, algorithmischen Selbsthilfeakten und smart enforcement zum Rechtsdienstleistungsbegriff	329
1.	Selbstvollziehender Vertrag	331
2.	Algorithmische Selbsthilfe	332
3.	Smart Enforcement	333

Inhaltsverzeichnis

V. Keine Opportunität eines LT-Stammgesetzes oder LT-Mantelgesetzes	334
1. Regelungsinstrumente und Auswahlkriterien	334
2. Folgerung für Legal Tech	335
VI. Ergebnis und Folgerungen für den Fortgang der Untersuchung	336
§ 5 Das Recht der algorithmischen Rechtsdienstleistungen und der Rechtsuchenden	339
I. Das Recht LT-Anwendungen zu entwickeln und im Binnenmarkt anzubieten	340
1. Grundrechte	340
a. Berufsfreiheit	340
aa. Schutzbereich, Eingriff und Dreistufentheorie	340
bb. LT-Berufsbild(er)	342
(1) Tradierte und normative Berufsbilder	342
(2) LT weitestgehend (noch) kein tradiertes Berufsbild	343
(3) Normative Berufsbilder: Rechtsanwalt und Inkassodienstleistungen	344
(4) Folgerung: De lege lata existieren subjektive Berufswahlregelungen	345
b. Medienfreiheit	345
2. Unionsrecht	346
a. Konstitutionalisierung des Unionsrechts	346
b. Primärrecht und Kohärenzgebot	348
aa. Schutzbereiche der Grundfreiheiten	348
bb. Eingriffstypen	348
cc. Rechtfertigung	349
dd. Kohärenzgebot	350
c. Sekundärrecht	351
aa. Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen	352
bb. Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt	352
cc. E-Commerce-Richtlinie	353
d. Folgerung	355
3. Kein Vertrauensschutz auf Fortbestehen des RDG de lege lata	356

4. Exkurs: (Gewerbliche) Schutzrechte an LT-Software	358
a. Patentrecht	358
b. Urheberrecht	360
II. Das Recht LT-Anwendungen zu erwerben / zu nutzen: Justizgewährungsanspruch	362
1. Verfassungsrechtliche Ansatzpunkte	362
a. Vertragsfreiheit	362
b. Justizgewährungsanspruch	362
c. Rechtsschutzgleichheit	363
2. Grundgesetzliches Optimierungsgebot als Handlungsauftrag zur politischen Gestaltung	364
3. Effektiver Rechtsschutz in den Niederlanden und Folgerungen für Deutschland	366
III. Ausgestaltung des Rechtsrahmens als justiziabler Akt?	367
IV. Ergebnis	369
§ 6 Politischer Handlungsdruck bezüglich softwarebasierter (Rechts-)Dienstleistungen	370
I. RDG: Auslegungsschwierigkeiten und Unstimmigkeiten de lege lata	370
1. Konzept des RDG	371
a. Entstehungsgeschichte und Schutzgüter	371
b. Systematik und (nichtanwaltliche) Rechtsdienstleistungen	373
c. Territorialer Anwendungsbereich	375
2. Allgemeine (In-)Kohärenz des Gesamtkonzepts	378
a. Kohärenz zwischen RDG und Prozessordnungen	378
aa. Differenzierung nach dem wirtschaftlichen Interesse	379
bb. Differenzierung zwischen außergerichtlichem und gerichtlichem Bereich	381
cc. Folgerungen	381
b. Willkürliche Durchbrechungen des Erlaubnisvorbehalts durch smart enforcement	382
aa. Netzwerkdurchsetzungsgesetz	382
bb. De lege ferenda: Upload-Filter und E-Evidence- Verordnung	383
cc. Folgerung: Zunehmende Inkohärenz	384
c. Ausnahmen des § 2 Abs. 3 RDG von deklaratorischer Natur?	384

Inhaltsverzeichnis

d. Zwischenergebnis	386
3. Rechtsunsicherheit: LT-Algorithmen als Rechtsdienstleistung i.S.d. § 2 Abs. 1 RDG?	386
a. Aufbauhinweise und Prämissen	387
b. Entgeltlichkeit und Mindeststreitwert keine Tatbestandsmerkmale	388
c. Persönlicher Anwendungsbereich / Tätigkeitsbegriff	389
aa. Tätigkeit des Programmierers	389
bb. Tätigkeit des Algorithmus	389
(1) Kommunikationssoftware	390
(2) Interaktion durch die Software	391
cc. Tätigkeit des Anbieters / Zurechnung der Rechengvorgänge des Algorithmus	392
dd. Stellungnahme	393
ee. Zwischenergebnis	394
d. Fremdheit der Angelegenheit	395
aa. Abgrenzung nach wirtschaftlichem Interesse / auch-fremde Angelegenheit	395
bb. LT-Geschäftsmodelle der Rechtsdurchsetzung und des echten Factorings	397
(1) Segmentierung der Tätigkeiten und Bestimmung des wirtschaftlichen Interesses	397
(2) Objektive oder subjektive Bestimmung der Fremdheit?	398
(3) Prüfung des Eintritts der aufschiebenden Bedingung des Prozessfinanzierungsvertrages im Interesse des Finanzierers oder in Erfüllung des Geschäftsbesorgungsvertrages?	401
cc. Sonstige LT-Anwendungen: Gebrauchsüberlassung der Software	404
dd. Wiederholung: Selbstvollziehende Verträge, algorithmische Selbsthilfe, smart enforcement	405
e. Selbstständigkeit der Leistungserbringung (§ 3 RDG): Kanzleiinterne Softwarenutzung	406
aa. Eingrenzungsfunktion	406
bb. Auswirkungen auf Legal Tech	407
cc. Beispiel	408
dd. Folgerung	409

f. Erforderlichkeit einer rechtlichen Prüfung	409
aa. Gesetzgeberischer Wille als Ausgangspunkt der Auslegung: Objektive und / oder subjektive Erforderlichkeit einer rechtlichen Prüfung	411
bb. Keine Konkretisierung durch höchstrichterliche Rechtsprechung	413
cc. Generelle Unschärfe des Tatbestandsmerkmals	415
dd. Keine Notwendigkeit der tatsächlichen Durchführung der Prüfung	416
ee. Abgrenzungsmerkmal: Darbietung des LT-Produkts	417
ff. Explizite Behauptung einer Rechtsdienstleistung durch einzelne Chatbots und „Rechtsdienstleistungsgesellschaften“	419
(1) Chatbot RATISBOT	420
(2) Chatbot Google Replika	421
(3) „Rechtsdienstleistungsgesellschaft“ als Anbieterin	422
gg. Inkassodienstleister, Prozessfinanzierer und echtes Factoring	423
(1) Keine Entscheidungserheblichkeit des Merkmals	423
(2) Regelfall der Erforderlichkeit einer rechtlichen Prüfung	424
(3) Ausnahme: Rein schematische Rechtsanwendungen	425
(4) Echtes Factoring von PayPal	426
hh. Büroorganisationssoftware	427
(1) DEÜV-Software und elektronische Fristenkalender	427
(2) WinFam und ErbFam	428
(3) Bereitstellen von Online-Formularen und Datenabfragen	429
ii. Automatische Sachverhaltserfassung	430
jj. Außergerichtliche Streitbeilegung / ODR-Konfliktlösungsplattformen	431
kk. Selbstvollziehende Verträge, algorithmische Selbsthilfeakte und smart enforcement	432
(1) Entscheidungserheblichkeit des Merkmals im Innenverhältnis	433

Inhaltsverzeichnis

(2) Theoretische Schnittmenge zwischen selbstvollziehenden Verträgen und Rechtsdienstleistung	433
(3) Keine Schnittmenge mit algorithmischen Selbsthilfeakten	435
(4) Smart enforcement	436
α) Intelligente Messsysteme und autonome Fahrzeuge	437
β) Netzwerkdurchsetzungsgesetz	438
g. Einzelfallprüfung einer konkreten Angelegenheit	440
aa. Eingrenzungsfunktion des Tatbestandsmerkmals und Abgrenzung zur allgemeinen Rechtsinformation	442
bb. Chronologische Differenzierung zwischen den Tätigkeiten des Programmierers und des LT-Anbieters	443
(1) Keine Einzelfallprüfung durch Programmierung des Algorithmus	443
(2) Keine Einzelfallprüfung durch die Bereitstellung der Homepage	445
(3) Einzelfallprüfung mittels des Algorithmus	445
α) Keine Rechtsschutzlücke	445
β) Anonymität und Identifizierbarkeit des Rechtsuchenden keine Tatbestandsmerkmale	446
cc. Dokumentengeneratoren und Entscheidungshilfesysteme	447
(1) Gleichlauf der Tatbestandsmerkmale der Erforderlichkeit einer rechtlichen Prüfung und Einzelfallprüfung einer konkreten Angelegenheit	447
(2) Verhältnis zwischen Dokumentengeneratoren, Entscheidungshilfesystemen und Chatbots	448
(3) Keine pauschale Differenzierung zwischen Anwendungen für Rechtsuchende und anwaltlicher Assistenzsoftware	449
(4) Abgrenzungsmerkmal: Selbstbedienung des Nutzers nach der Verkehrsanschauung	450
(5) Rechtsprechung zur analogen Welt	451
(6) Anwendungen ohne vorkodierte Inhalte sind keine Rechtsdienstleistungen	453

(7) Tendenziell keine Rechtsdienstleistungen (Beispiele)	453
α) zug-erstattung.de	454
β) QNC GmbH	455
γ) Sanktionsfrei e.V.	455
δ) Online Streitbeilegungsplattform der EU- Kommission	456
(8) Grenzfälle (Beispiele)	457
α) digitaler-anwalt.de	457
β) Wolters Kluwer GmbH: smartlaw	459
γ) Chaos Computer Club e.V.: Abmahnbeantworter	462
δ) Legal Intelligence Software GmbH	463
(9) Tendenziell Rechtsdienstleistung (Beispiele)	465
α) Verbraucherzentrale NRW e.V.: Inkasso- Check	466
β) Thomson Reuters: Contract Express	466
γ) Agreement 24 GmbH	467
δ) Plusrecht GmbH: PatientenverfügungPlus	468
ε) janolaw AG	469
dd. Rechtsinformationssysteme	471
h. Freigestellte Tätigkeiten nach § 2 Abs. 3 RDG	472
aa. Keine wissenschaftliche Begutachtung durch LT (§ 2 Abs. 3 Nr. 1 RDG)	472
bb. Außergerichtliche Streitbeilegung / ODR- Konfliktlösungsplattformen (§ 2 Abs. 3 Nr. 2, 4 RDG)	474
(1) Gesetzgeberische Intention	474
(2) Auswirkungen auf Online Dispute Resolution- Konfliktlösungsplattformen	475
(3) Gesetzgeberische Beobachtungspflicht	476
(4) Kein Bedarf einer technikneutralen Ausgestaltung de lege ferenda	477
i. Zwischenergebnis: Problem des hohen Abstraktionsgrades	477
4. Inkassoerlaubnis (und Verhältnis zur Prozessfinanzierung)	481
a. Grundlagen	482
aa. Inkassobegriff, -modelle und -registrierung	482
bb. Rechtsnatur des Prozessfinanzierungsvertrages und Abgrenzung zum Versicherungsvertrag	486

Inhaltsverzeichnis

b. Erlaubnisbedürftigkeit von Tätigkeiten in der Schnittmenge aus außergerichtlicher Forderungseinziehung und gerichtlicher Prozessfinanzierung	489
aa. Exklusivitätsdogma des Gesetzes	490
bb. Schnittmenge in der Praxis	491
cc. Auslegung des § 2 Abs. 2 Satz 1 RDG	493
dd. Zwischenergebnis	494
c. Reichweite des Forderungsinkassos und inkassofähige Ansprüche	495
aa. Rechtliche Prüfung der Verität der Forderung als Teil der Inkassotätigkeit	495
(1) Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in den Jahren 2002 und 2004	495
(2) Bindungswirkung der Entscheidungen	498
(3) Erstreckung der Bindungswirkung auf LT-Inkasso	500
(4) „Atypisches“ Inkasso existiert nicht	502
(5) Zwischenergebnis	503
bb. Der Begriff der Forderungseinziehung am Beispiel der LexFox GmbH	503
(1) Problemstellung	503
(2) Der Forderungseinziehung im engeren Sinne vorgelagerte Tätigkeiten	504
α) Mietpreisrechner	504
β) Auskunftsanspruch des § 556g Abs. 3 BGB	505
γ) Rügeausspruch des § 556g Abs. 2 BGB	505
(3) Folgerung und zweites Standbein	506
cc. Nur Geldforderungen inkassofähig?!	507
d. Kohärenzerwägungen: Ungleichbehandlung von Forderungseinziehung und anderen Rechtsdienstleistungen	510
aa. Notwendigkeit des Berufsbildes der Inkassodienstleistung	510
bb. Inkasso-Reichweite und Erforderlichkeit von Staatsexamina als anwaltliche Zulassungsvoraussetzung	512

e. Fragen zur Inkassoession	514
aa. Kostenrisiko und Notwendigkeit einer Prozessfinanzierung	515
(1) Kostenrisiko des Inkassoessionars nach § 91 ZPO	515
(2) Ausnahme: Kostenrisiko des Zedenten im Falle einer Drittwiderklage	516
bb. Mitwirkung eines Rechtsanwalts	516
(1) Postulationsfähigkeit und Notwendigkeit der Einschaltung eines Rechtsanwalts als Prozessvertreter	516
(2) Möglichkeit der Vertretung des Inkassoessionars und drittwiderbeklagten Zedenten durch einen Rechtsanwalt	517
(3) Folgerung: Vereinbarkeit von Inkassodienstleistung und Prozessfinanzierung nach § 4 RDG	518
cc. Aktivlegitimation des Inkassoessionars	519
(1) Auswirkung von RDG-Verstößen auf die Aktivlegitimation	520
α) Wortlaut und Gesetzgebungsmaterialien	520
β) Teleologische Erwägungen und unionsrechtliches Kohärenzgebot	521
γ) Divergierende (BGH-)Rechtsprechung	524
δ) Regulatorischer Klarstellungsbedarf	526
(2) Exkurs: Abtretungsverbote in AGB als Reaktion auf LT	527
α) Rechtstatsachen / Problemstellung	527
β) Gesetzentwurf	528
γ) Bestehende Regelung des § 307 BGB	529
δ) Stellungnahme	531
dd. Exkurs: Abtretungsurkunde und Leistungsverweigerungsrecht nach § 410 BGB	531
α) Rechtstatsachen / Problemstellung	531
β) Gesetzentwurf	532
γ) Stellungnahme	533
ee. Exklusivitätsverhältnis zur Inkassoermächtigung und Inkassovollmacht	534

Inhaltsverzeichnis

f. Prozessführungsbefugnis und Prozesskostenrisiko bei Inkassovollmacht und Inkassoermächtigung	535
aa. Prozessfinanzierungsbedarf bei Klageerhebung durch den Rechtsuchenden	535
bb. Kein Prozessfinanzierungsbedarf bei Klageerhebung durch den Inkassounternehmer	536
cc. Folgerung	537
g. Vereinbarkeit von Prozessfinanzierung und Inkasso nach § 4 RDG	538
aa. § 4 RDG: Wortlaut, Ratio und Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	538
bb. (Geringe) Schnittmenge von Inkassodienstleistung und Prozessfinanzierung	540
(1) Keine Prozessfinanzierung durch Inkassounternehmer als Kläger	540
(2) Geltendmachung von Nicht-Geldforderungen ist keine Inkassodienstleistung	542
(3) Zwischenergebnis	542
cc. Bestimmung des Problems	543
(1) § 2 Absatz 2, § 10 Absatz 10 RDG	543
(2) Generelle Kritik eines strukturellen Interessenkonflikts	543
(3) Grundsätzlicher Interessengleichlauf	544
(4) Vollmacht zum Vergleichsabschluss	545
(5) Folgerung	545
dd. BGH-Urteil zur LexFox GmbH 2019	546
ee. BGH-Urteil zum Versicherungsmakler 2016	547
(1) Streitgegenstand und Urteil	547
(2) Folgerungen für Legal Tech-Geschäftsmodelle	548
ff. Weitere Überlegungen des Verfassers	549
gg. Folgerungen für Praxis und Gesetzgebung	550
h. Zwischenergebnis: LT-Inkasso ist nicht atypisch	552
5. § 3 RDG: (Grundsätzlich) keine Rechtfertigung durch Einschaltung eines Rechtsanwalts als Erfüllungsgehilfen	554
a. Ratio und Gesetzgebungsverfahren	555
aa. Bedarf für generalisierende Erlaubnistatbestände	555
bb. Schutzgüter der strengen Vertretertheorie	556
cc. Gesetzgebungsverfahren	557

b. Partielle Verfassungswidrigkeit der strengen Vertretertheorie	558
aa. Keine generelle Verfassungswidrigkeit der Regelung	558
bb. Erbensucher-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 2002	558
cc. Reichweite der Präjudizienwirkung des Beschlusses	559
dd. Folgerung	560
c. Verfassungskonformität der strengen Vertretertheorie bezüglich Akquisiedienstleister	560
d. Verfassungskonformität der strengen Vertretertheorie bezüglich Dokumentengeneratoren	561
e. Verfassungswidrigkeit der strengen Vertretertheorie bezüglich mancher LT-Prozessfinanzierer	562
aa. Anwendungskonstellation: Drei-Personen-Verhältnis	562
bb. Problemstellung: Rechtsanwalt als Erfüllungsgehilfe des Prozessfinanzierers	563
cc. Flightright und Coduka: Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Vertragsanwälten	566
dd. Financialright und LexFox: Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Vertragsanwälten unklar	568
ee. VH24: Keine Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Vertragsanwälten	569
f. Rechtsdogmatische Lösungsmuster zur verfassungskonformen Anwendung des RDG	569
g. Folgerungen für die Gesetzgebung	571
6. Personenbezogenes oder produktbezogenes Genehmigungsverfahren?	572
a. Ratio des Erlaubnisvorbehalts und zwei tatsächliche Möglichkeiten zur Zielerreichung	574
b. Keine Qualitätsgewährleistung durch personenbezogene Genehmigung	575
aa. Unreflektierte Transferierung der bestehenden Ordnungsstrukturen auf Softwareanwendungen	575
bb. Schutz vor nichtanwaltlicher Konkurrenz als Rechtsreflex	576
cc. Unqualifizierte Rechtsdienstleistungen durch befugte Personen	577
dd. Keine Lösung durch Gesetzesvorschlag der FDP-Bundestagsfraktion	578

Inhaltsverzeichnis

ee. Folgerung	579
c. Keine Lösungsmöglichkeit über das UWG	580
aa. Schutz durch Unterlassungsklagen?	580
bb. Frage der Zugriffshierarchie	580
cc. Folgerung	582
d. Keine Lösungsmöglichkeit über das AGB-Recht	582
e. Präventives Verbot ohne produktbezogenen Erlaubnistatbestand als Verstoß gegen die Berufsfreiheit?	583
f. Potenzielle Anwendungsschwierigkeiten des § 5 RDG	584
g. Genehmigungsarten und Beispiele	586
h. Folgerung und Plädoyer	587
7. Schutzlücke: Handeln auf eigene Rechnung	588
a. Keine Transferierung der Eingrenzungsfunktion des Tatbestandsmerkmals auf Software	589
aa. Heutige Praxis: Ausführung der Software auf den Computern der Anbieter	590
bb. Alternative Möglichkeiten	591
(1) Ausführung der Software auf den Computern der Rechtsuchenden	591
(2) Application Service Providing	591
cc. Fehlen eines sachlichen Differenzierungsgrundes	592
dd. Folgerungen für die Gesetzgebung	594
ee. Wechselwirkung zum Datenschutzrecht	595
(1) Technischer Nachteil der Heimcomputer-Option	596
(2) Datenschutzrechtliches Hemmnis der Application Service Providing-Option	596
(3) Folgerung	597
b. Problem der fehlenden (Rollen-)Transparenz	598
c. Zwischenergebnis	599
II. Zwischenergebnis	600
III. Einheit der Rechtsordnung: Wechselwirkung zwischen RDG und (übrigem) anwaltlichen Berufsrecht (und Steuerrecht)	602
1. Klarstellung zum Untersuchungsziel	605

2. Berufshaftpflichtversicherung	605
a. LT-Anwendungen für Rechtsuchende (B2C-Anwendungen)	606
aa. Gewerbliche Tätigkeit anstatt anwaltliche Berufsausübung	606
(1) Gesetzgeberischer Wille	607
(2) Keine Konzeption der anwaltlichen Berufshaftpflichtversicherung für Massenschäden	607
(3) LT ist gewerbliche Tätigkeit	608
(4) Folgerung	608
bb. Mindestversicherungssumme	609
cc. Folgerungen	609
b. LT-Assistenzsysteme des Rechtsanwalts (B2B-Anwendungen)	611
c. Rechtsanwalt als Erfüllungsgehilfe des Softwareanbieters	612
d. Zwischenergebnis	613
3. Anwaltschaft als Organ der Rechtspflege und Hemmnisse für Legal Tech	613
a. Fremdbesitzverbot: Sozietätsfähigkeit von Nichtanwältinnen und Wagniskapital	614
aa. Rechtsrahmen de lege lata	615
(1) Telos der Regulierung	615
(2) Horn-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 2016	617
(3) Rechtsunsicherheit über Verfassungskonformität im Übrigen	617
bb. Auswirkungen auf Legal Tech-Geschäftsmodelle (1) Vereinbarkeit der Legal Tech-Geschäftsmodelle mit der Regulierung	618
(2) Hemmnis für anwaltliche LT-Anbieter	619
cc. Aktuelle Reformüberlegungen	620
dd. (Geringe) Auswirkungen der angedachten Reform auf Legal Tech	622
ee. Zwischenergebnis	623
b. (Anwaltliches) Vergütungsrecht	623
aa. Vorschriften de lege lata (1) Zweck der Regulierung	624
(2) Auswirkungen auf Legal Tech-Anwendungen	625

Inhaltsverzeichnis

(3) Verfassungsrechtlich gebotene Zulässigkeit von Erfolgshonoraren bei rationalem Desinteresse an der Rechtsverfolgung	625
(4) Verbot der Prozessfinanzierung durch den Rechtsanwalt	626
bb. Mögliche systematische Folgerungen für die Auslegung des RDG wegen der Einheit der Rechtsordnung	627
(1) LT-Inkassomodelle (nur) bis 2.000 Euro verfassungsrechtlich zulässig?	628
(2) Umgehung des Verbots der Prozessfinanzierung durch nichtanwaltliche Geschäftsmodelle der Rechtsdurchsetzung?	628
α) Keine Prozessfinanzierung durch Inkassounternehmer als Kläger	629
β) Kein Prozessfinanzierungsverbot für Inkassodienstleister nach § 4 RDGEG	629
γ) Keine Umgehung des § 49b Abs. 2 Satz 2 BRAO durch Inkasso gegen Unternehmen	631
δ) Keine Umgehung des § 49b Abs. 2 Satz 2 BRAO bei Streitigkeit der Forderung	632
ζ) Alternativer Ansatz zur Streitigkeit der Forderung	633
η) Einschaltung eines Inkassodienstleisters und Kostendoppelungen	634
ε) Rückbesinnung auf das Telos und Stellungnahme	635
θ) Zwischenergebnis	635
(3) Struktureller Wettbewerbsnachteil der Anwaltschaft?	636
α) Außergerichtlicher Bereich	636
β) Gerichtliche Forderungsdurchsetzung	636
γ) Folgerung	638
cc. Zwischenergebnis	639
dd. Exkurs: Aktuelle Reformüberlegungen	639
(1) Erfolgshonorar und anwaltliche Prozessfinanzierung	639
(2) Vermittlungsprovision für anwaltliche Akquiseinstrumente	640

c. Steuerrechtliche Betrachtung	641
aa. LT-Dienstleister sind gewerbesteuerpflichtig	641
bb. Umqualifizierung der freiberuflichen in gewerbliche Einkünfte	642
cc. Zwischenergebnis	643
4. Zielkonflikt de lege ferenda: Anwaltschaft als Teil der Rechtspflege oder Gewerbe?	643
IV. Folgerungen: Notwendigkeit einer dritten Spur für algorithmische Rechtsdienstleistungen und Ablehnung eines Anwaltsmonopols	646
§ 7 Rechtsdienstleistungsgesetz de lege ferenda: Optionen, Tendenzen und Vorschlag des Verfassers	650
I. Systematisierung der politischen Handlungsoptionen im Rechtsdienstleistungsgesetz	650
1. Keine Realisierbarkeit einer Harmonisierung auf Unionsebene	651
2. Vollständige Liberalisierung	651
a. Faktische Möglichkeiten	652
b. Rechtspolitische Bewertung	653
3. Instrumente indirekter Verhaltenssteuerung	655
a. Möglichkeiten: Transparenzpflichten, regulierte Selbstregulierung, Haftungsregime	655
b. Umsetzungshürde	656
4. Instrumente direkter Verhaltenssteuerung	656
a. Verbote	656
b. Genehmigungsvorbehalte	657
c. Anzeigepflichten	658
d. Meldepflichten	658
5. Auswahlkriterium der Instrumente für die Regulierung von Algorithmen	659
II. Referentenentwurf des BMJV: Änderungen im Inkassorecht	660
1. Kostendoppelung durch Beauftragung von Inkassodienstleister und Rechtsanwalt	661
a. Angedachte Änderungen	661
b. Rechtspolitische Bewertung	662
2. Aufsicht	664
a. Tendenz zur Zentralisierung	665
aa. Vorschlag und Reaktion	665

Inhaltsverzeichnis

bb. Rechtspolitische Bewertung	666
b. Ausweitung der Prüfungskompetenz auf UWG-Verstöße	667
aa. Vorschlag und Reaktion	667
bb. Zugriffshierarchie	668
cc. Keine praktische Relevanz	669
3. Zwischenergebnis	670
III. Vorschlag der FDP-Bundestagsfraktion	671
1. Rechtsbegriff der automatisierten Rechtsdienstleistung	671
2. Keine Stärkung der Rechtssicherheit	672
3. Keine Qualitätssicherung automatisierter Rechtsdienstleistungen	672
a. Obligatorische Beschränkung der Registrierung auf einen Teilbereich	672
b. Personenbezogenes Genehmigungsverfahren	673
c. Darlegungs- und Informationspflichten	674
4. Zwischenergebnis	674
IV. Vorschlag des Verfassers: Dritte Spur im Rechtsdienstleistungsgesetz	675
1. Rechtsbegriff der algorithmischen Rechtsdienstleistung	676
a. Bedarf	676
b. Herausforderung: Vielfalt der möglichen LT-Anwendungen	677
c. Legaldefinition in § 2 Abs. 4 RDG-E	678
d. Ausführungen zu einzelnen Tatbestandsmerkmalen und Konsequenzen	679
aa. Fremde Angelegenheit kein Merkmal – Prozessfinanzierung und Factoring mitunter algorithmische Rechtsdienstleistung	679
bb. Berechnung des Bestehens eines Anspruchs dem Grunde nach und Abgrenzung zu technischen Dienstleistungen	680
(1) Bloße Sachverhaltserfassung keine algorithmische Rechtsdienstleistung (§ 2 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 RDG-E)	680
(2) Berechnung eines Anspruchs der Höhe nach / Abrechnungssoftware / selbstvollziehende Verträge	681
(3) (Andere) Büroorganisationssoftware	682

cc. Rechtliche Erstberatung (§ 2 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 Var. 4 RDG- E)	683
dd. Dokumentengeneratoren (§ 2 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 RDG- E)	683
ee. Satz 2: Gesetzliche Vermutung bei Intransparenz des Geschäftsmodells	684
e. Ausgrenzung von kanzlei- und unternehmensinterner Assistenzsoftware über § 3 RDG-E	685
f. Folgeänderung in § 1 Abs. 2 RDG	687
g. Ausgrenzung des smart enforcements über die jeweiligen Stammgesetze	687
h. Überlegungen zur Verlustgefahr konkreter Rechtspositionen	688
aa. De-Minimis-Ausnahme?	688
bb. Ausnahme für Vertrieb anwaltlicher Assistenzsysteme?	690
2. Verhältnis der algorithmischen Rechtsdienstleistung zum Rechtsdienstleistungsbegriff und Inkassodienstleistungsbegriff	690
a. Exklusivitätsverhältnis	691
b. Keine Konzentrationswirkung von Genehmigungen	691
c. Wahrung des unionsrechtlichen Kohärenzgebots	692
d. Vereinbarkeit von algorithmischen Rechtsdienstleistungen mit anderen Leistungspflichten (§ 4 RDG)	693
3. Berufsrechtliche Pflichten der Anbieter algorithmischer Rechtsdienstleistungen	694
a. Informationspflichten	694
aa. Substitution des positiven Rechts	695
bb. Unterschied zwischen Prüfung und Berechnung	696
cc. Zielkonflikt zwischen bestmöglicher Rechtsabbildung und Kostendruck	696
dd. Folgerung: Wertpapierhandelsgesetz als mögliches Vorbild	697
b. Betriebshaftpflichtversicherung	698
c. Datenschutz / Verschwiegenheitspflicht / Informationssicherheit	699
4. Aufsicht über die Anbieter algorithmischer Rechtsdienstleistungen	700
a. Zentralisierung und mögliche Behörden	700

Inhaltsverzeichnis

b. Aufgaben	702
aa. Gemischt sachlich-persönliches Genehmigungsverfahren und Unbedenklichkeitsbescheinigung	702
(1) Erlaubnisbedürftigkeit	702
(2) Erlaubnisfähigkeit	703
(3) Investitionssicherheit durch Antragsmöglichkeit	704
bb. Kontinuierliche Kontrolle	705
(1) Produktdarbietung	705
(2) Update-Service bei Dokumentengeneratoren	705
cc. Registerführung	706
c. Befugnisse	707
5. Weitere Änderungen im Rechtsdienstleistungsgesetz	708
a. Zugang zum Recht als vierter Zweck des Gesetzes	708
b. Keine Nichtigkeit der Forderungsabtretung bei Überschreitung einer erteilten Inkassoerlaubnis	708
c. Erlaubnistatbestand des § 5 Abs. 3 RDG-E: Rechtsverfolgungsgesellschaft	709
§ 8 Wesentliche Ergebnisse	710
Literaturverzeichnis	715